

Verschuldung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Zahl der verschuldeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land Bremen in den letzten fünf Jahren entwickelt und welche Hauptursachen für Verschuldung wurden jeweils identifiziert?
2. Welche spezifischen Maßnahmen des Senats richten sich an die Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um sie vor Überschuldung zu schützen und welche präventiven Bildungsangebote zum Thema Finanzkompetenz gibt es an den Schulen im Land, bei anderen Bildungseinrichtungen und über soziale Medien?
3. Welche Schuldenberatungsangebote richten sich besonders an die genannte Zielgruppe und leisten bei Überschuldung gezielt Hilfe, wie viele der Betroffenen werden damit tatsächlich erreicht und anhand welcher Faktoren ermittelt der Senat den Bedarf?

Zu Frage 1:

Zahlen zur generellen Verschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener liegen dem Senat nicht vor. Hilfsweise lässt sich auf Daten der Jobcenter zurückgreifen. Sie bilden die Zahl der Personen unter 25 Jahren im Bezug von Bürgergeld ab, denen das Jobcenter die Schuldnerberatung als Sozialleistung finanziert.

In den zurückliegenden fünf Jahren waren dies im Jobcenter Bremen durchschnittlich rund 60 Personen pro Jahr und im Jobcenter Bremerhaven rund 50. Die Zahlen sind über den Fünfjahreszeitraum relativ konstant. Die Ursachen der Verschuldung werden von den Jobcentern nicht erfasst.

Zu Frage 2:

Der Verbraucherzentrale Bundesverband hält im Rahmen der Verbraucherbildung Unterstützungsangebote für Schulen und Lehrkräfte vor. Dazu zählen das Netzwerk Verbraucherbildung und ein Materialkompass zur Verbraucher- und Finanzbildung. Für Schulen im Land Bremen steht die Verbraucherzentrale Bremen als Ansprechpartnerin zu Verfügung, um Projekte zu finanzieller Bildung qualitätsgesichert und anbieterunabhängig umzusetzen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband und die Verbraucherzentrale Bremen bereiten Finanzthemen auch in Sozialen Medien zielgruppenspezifisch für junge Menschen auf.

Über das Onlineportal „MedienOnline“ haben Lehrkräfte Zugriff auf Unterrichtsfilme und Materialien unter anderem zu den Themen Finanzkompetenz, Influencerinnen und Influencer oder zu onlinebasierten Geschäftsmodellen wie sie in digitale Spiele implementiert sind.

Die Schulen organisieren darüber hinaus Workshops, Seminare oder Vorträge, darunter das Projekt „So geht Geld“. In diesem Rahmen besuchen Bankmitarbeitende interessierte Schulen und vermitteln Finanzwissen ab Jahrgang 5.

Im Bildungsplan für die Oberschule im Land Bremen sind für die Jahrgänge 9 und 10 „Strategien der Daseinsvorsorge, insbesondere Schuldenprävention“ verankert. Dabei wird über Budgetierung, Sparen, Kreditkarten und Schulden informiert. Thematisiert werden die Risiken der Überschuldung sowie Unterstützungsangebote.

Im Berufswahlpass gibt es ein Kapitel „Auskommen mit Einkommen“. Dort finden die Schülerinnen und Schüler Hinweise zu den Verbraucherzentralen und weitere Tipps zum sorgsamem Umgang mit Geld.

Darüber hinaus laufen zahlreiche Projekte an einzelnen Schulen. Beispielhaft genannt sei hier die Roland zu Bremen Oberschule, an der seit einigen Jahren das Thema „Was kostet das Leben“ in Jahrgang 10 verankert ist und regelmäßig im Rahmen einer Projektwoche bearbeitet wird. Für das Thema gibt es Handreichungen für Lehrkräfte sowie Unterrichtsraaster, die über die Verbraucherzentrale angeboten werden.

Im Rahmen des Zukunftstags wurden am Gymnasium an der Hamburger Straße in der Qualifikationsphase 1 unter anderem lebenspraktische Themen behandelt, darunter der Abschluss von Versicherungen und Mietverträgen sowie generell wirtschaftliches Handeln. In diesem Rahmen hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Austausch mit Expertinnen und Experten aus der freien Wirtschaft.

Zu Frage 3:

Die Angebote der Schuldnerberatungsstellen stehen grundsätzlich allen Personen im Land Bremen zur Verfügung. Für Personen im Leistungsbezug der Jobcenter und der Sozialämter übernimmt die Kommune die Kosten.

Darüber hinaus fördern die Städte Bremen und Bremerhaven als freiwillige kommunale Leistung im Rahmen eines jährlichen Budgets Schuldnerberatungen für Personen außerhalb der Sozialsysteme. Dieses Angebot richtet sich unter anderem an Menschen mit niedrigem Einkommen, Studierende, sowie Schülerinnen und Schüler.

Die Stadt Bremerhaven fördert zusätzlich Informationsveranstaltungen zu Themen wie „Auskommen mit dem Einkommen“ oder „Schuldenfallen im Alltag“. Diese richten sich an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, Auszubildende und generell an junge Menschen unter 25 Jahren.